

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Cornelia Pieper, Ulrike Flach, Hellmut Königshaus, Dr. Karl Addicks, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Eberhard Otto (Godern), Gisela Piltz, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Zur Akzeptanz des Lebenslangen Lernens in Deutschland

Lebenslanges Lernen und Weiterbildung waren zu keiner Zeit wichtiger als heute. Die Teilhabemöglichkeiten des Einzelnen am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben hängen entscheidend von seiner Bildung ab. Die Erweiterung der Europäischen Union und die voranschreitende Öffnung der Weltmärkte, verbunden mit dem großen Menschen- und Bildungspotential wirtschaftlich stark wachsender Staaten wie z. B. China, Indien und Brasilien verschärfen die internationale Wettbewerbssituation dramatisch. Der Wettbewerb in der nachindustriellen Gesellschaft ist aber zum wesentlichen Teil ein Wettbewerb der Ideen und der Fähigkeiten zu ihrer Umsetzung.

Kontinuierliche Erwachsenenbildung ist zur Absicherung der Funktionsfähigkeit der freiheitlichen Gesellschaft aber nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch im Hinblick auf die Möglichkeiten demokratischer Teilhabe nötig. Somit geht es nicht nur um die berufsbegleitende Weiterbildung oder zusätzliche bzw. nachgeholtte Ausbildungen, sondern auch um allgemeine und politische Bildung.

Die deutsche Gesellschaft steht über den wirtschaftlichen Wandel hinaus vor weiteren schwerwiegenden Herausforderungen, die sich aus den demografischen Fakten ergeben. Bereits 2030 wird der Anteil der über 60-Jährigen an der Gesamtbevölkerung mehr als 40 Prozent betragen. Der Anteil jüngerer Fachkräfte in der Wirtschaft wird sich dramatisch zugunsten der Älteren verschieben. Schon daran wird deutlich, dass diese Entwicklung das Bildungssystem vor eine gewaltige Herausforderung stellt und der Stellenwert von Weiterbildung massiv aufgewertet werden muss.

Bis 2050 wird die Bevölkerungszahl in Deutschland voraussichtlich von derzeit etwa 82 Millionen auf etwa 68 Millionen Einwohner zurückgehen.

2020 werden sich diejenigen Menschen im produktivsten Teil ihres Erwachsenenalters befinden, die jetzt zwischen 10 und 35 Jahren alt sind. Viele dieser Menschen haben aber als Jugendliche eine Bildung bekommen, die bereits

heute hinter den Anforderungen der Wirtschaft erheblich zurückbleibt. Derzeit sind ca. 20 bis 25 Prozent eines Schulabgängerjahrganges von ihren Bildungsvoraussetzungen her als höchst problematisch einzustufen. Die Schulbildung erfüllt international gesehen allenfalls mittelmäßige Anforderungen, dies haben die PISA-Studien eindrucksvoll bewiesen. Daher wird es auch einen erheblichen Bedarf am Nachholen von Grundqualifikationen geben, der mit den Möglichkeiten und Methoden der Weiterbildung erfüllt werden muss. Dabei stellen sich auch pädagogisch besonders anspruchsvolle Aufgaben. Weiterbildung kann jedoch nur erfolgreich sein, wenn sie auf ein aktives Mitwirken der Betroffenen stößt. Die Akzeptanz der Weiterbildung und ein adäquates Angebot sind demzufolge von großer Bedeutung auch für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. Gegebenenfalls müssen Anstrengungen zur Steigerung der Akzeptanz unternommen werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Bereitschaft von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland, sich lebenslang fortzubilden im Hinblick auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten?
2. Wie beurteilt die Bundesregierung den Zusammenhang zwischen der Weiterbildungsquote und der Produktivität in unserer Volkswirtschaft?
3. Wie viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nahmen insgesamt von 2000 bis 2004 an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen teil?
4. Sieht die Bundesregierung in Bezug auf die Teilnahme Unterschiede zwischen hoch- und geringqualifizierten Arbeitnehmern, Männern und Frauen, jüngeren und älteren Arbeitnehmern, Voll- und Teilzeitkräften, Alleinerziehenden, sowie zwischen in- und ausländischen Arbeitnehmern?
5. Wenn ja, wie sehen diese Unterschiede – möglichst genau beschrieben – aus?
6. Wie erklärt die Bundesregierung die ggf. vorhandenen Unterschiede?
7. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um insbesondere die Weiterbildungsquote der geringqualifizierten Arbeitnehmer, der ausländischen Arbeitnehmer und der alleinerziehenden Mütter und Väter zu verbessern?
8. Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um den Anteil der Bevölkerung am Lebenslangen Lernen bis zum Jahre 2010 auf 12,5 Prozent zu erhöhen, wie es als Ziel im Synthesebericht des CEDEFOP (Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung) zur Maastricht-Studie angeregt ist?
9. Welche Rolle und Funktion soll das Netz der deutschen Volkshochschulen im Kontext des Lebenslangen Lernens übernehmen?
10. Welche Maßnahmen ergriff die Bundesregierung bereits, nachdem Studien der OECD, des CEDEFOP und der Weltbank zu Tage brachten, dass die Beratungsdienste in Europa konzeptionell und praktisch reformiert werden müssen, um den Anforderungen der Wissensgesellschaft gerecht zu werden?
11. Wie viele Weiterbildungskollegs, wie viele Volkshochschulen, und wie viele sonstige anerkannte Träger bieten gegenwärtig auf dem zweiten Bildungsweg die Nachholung welcher Schulabschlüsse in Deutschland an?

12. Wie haben sich die Zahlen der Schulanfänger des zweiten Bildungsweges an Weiterbildungskollegs, Volkshochschulen und sonstigen Bildungsträgern differenziert nach Bildungsgängen und Geschlecht jeweils jährlich in den letzten zehn Jahren in den einzelnen Bundesländern entwickelt?
13. Wie haben sich die Zahlen der erfolgreichen Schulabgänger des zweiten Bildungsweges an Weiterbildungskollegs, Volkshochschulen und anderen Bildungsträgern differenziert nach Bildungsgängen und Geschlecht jeweils in den letzten zehn Jahren in den einzelnen Bundesländern entwickelt?
14. Wie hat sich die Abbrecherquote von Teilnehmern auf dem zweiten Bildungsweg jeweils in den letzten zehn Jahren differenziert nach den jeweiligen Bildungsgängen und Geschlecht nach Trägern und Bundesländern entwickelt?
15. Welche Alterstruktur weisen die Teilnehmer des zweiten Bildungsweges differenziert nach Abschlussart und Erfolg bzw. Abbruch jeweils in den letzten zehn Jahren in den einzelnen Bundesländern auf?
16. Wie hoch ist die prozentuale Quote derjenigen, die für das Nachholen eines Schul- oder Berufsabschlusses eine volle oder teilweise Förderung aus öffentlichen Mitteln erhielten?
17. Wie hoch ist der prozentuale Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die eine öffentlich geförderte Qualifikations- oder Weiterbildungsmaßnahme ohne Abschluss abgebrochen haben?
18. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diesen Anteil zu verringern?

Berlin, den 28. Juni 2005

Cornelia Pieper
Ulrike Flach
Hellmut Königshaus
Dr. Karl Addicks
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Jörg van Essen
Otto Fricke
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Dr. Werner Hoyer

Michael Kauch
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Ina Lenke
Eberhard Otto (Godern)
Gisela Piltz
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Dr. Dieter Thomae
Jürgen Türk
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

